# Von der Pressemisere zum Pressekonzept

Autor(en): Lienhard, Richard

Objekttyp: Article

Zeitschrift: Profil: sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und

Kultur

Band (Jahr): 54 (1975)

Heft 9

PDF erstellt am: **01.09.2024** 

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-339042

### Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

### Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek* ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

# Von der Pressemisere zum Pressekonzept

«20 Mal eine Mauer hinauf, und wieder herunterfallen, das 21. Mal hinauf, und oben bleiben.» Victor Adler

Durch Dr. Fritz *Peschs* kritischen Artikel geht von Zeile zu Zeile die Forderung: die zürcherische Sozialdemokratie braucht wieder eine Tageszeitung. Ohne dieses Postulat bedeutete Fritz Peschs Beitrag Leichenschändung.

In unserem Blatt wurde das Problem der Parteipresse unlängst in grundsätzlicher Hinsicht ausführlich dargelegt. Ich verweise auf den Beitrag des allzu früh verstorbenen Mitarbeiters Dr. Hans Adank. Dr. Fritz Pesch wird nun konkreter: Wie soll dieses neue Organ der zürcherischen Sozialdemokratie aussehen? Mit dieser Fragestellung hat er die Diskussion in unserem Blatt eröffnet. Jedermann ist eingeladen, daran teilzunehmen. Dann aber werden wir sehr rasch noch konkreter werden müssen: Wie gelangt man zu dieser neuen Zeitung? Dies ist keineswegs nur eine Angelegenheit der zürcherischen Sozialdemokratischen Partei, sondern müsste zu einem Grundanliegen der SPS gehören; denn noch kämpfen einige sozialdemokratische Tageszeitungen mit einsamem Mut um ihre Weiterexistenz. Gerade von Zürich aus haben wir allen Anlass, die hinter der uns noch verbliebenen sozialdemokratischen Presse wirkenden Kräfte zu ermuntern, ihre Bemühungen fortzusetzen; denn in Zürich wird der Verlust einer sozialdemokratischen Tageszeitung immer schmerzlicher empfunden. Da scheint mir unsere Zeitschrift gerade das richtige Forum für eine solche Diskussion zu sein. Diesem Zwecke sollen denn auch die nachfolgenden Ausführungen dienen.

### Die Zukunft der Parteipresse

Es ist nachgerade Mode geworden, der Parteipresse das Sterbeglöcklein zu läuten. Die pessimistische Einstellung gegenüber der Parteipresse ist in sozialdemokratischen Kreisen besonders stark vertreten. Die Schwierigkeiten dieser Presse sind eine internationale Erscheinung, und sie sollen nicht bagatellisiert werden. Trotzdem betrachte ich es als falsch, vor dieser Situation einfach zu kapitulieren. Es gibt wesentliche Gründe, die für die Erhaltung der Parteipresse sprechen:

1. Auch ein Massenmedium, das seine beherrschende Einstellung eingebüsst hat, verschwindet selten ganz, sondern behält einen – wenn auch bescheideneren – Platz im öffentlichen Leben. So vermochte zum Beispiel der Film das Buch nicht zu verdrängen. Das Fernsehen konnte den Film nicht eliminieren. So dürfte auch die Qualitätspresse – wenn auch unter ungünstigeren Bedingungen – weiterbestehen.

- 2. Die entpolitisierende und konsumidiotisierende Wirkung der Geschäftspresse führt mit der Zeit dazu, dass sich bei den Lesern ein gewisser Widerstand bemerkbar macht. Der menschliche Kopf lässt sich eben auf die Dauer nicht so leicht manipulieren. Was die kritischen Leser der monopoloiden Geschäftspresse vor allem vermissen, ist die Vielfalt von Informationen und Meinungen. Dies muss besonders schmerzhaft empfinden, wer an die Lektüre einer sozialdemokratischen Zeitung gewöhnt ist. Als die «Zürcher AZ» einging, war die resignierende Annahme verbreitet, die Abonnenten würden ohne Mühe den Weg zu einer anderen Tageszeitung finden. Das war keineswegs der Fall. Eine Studiengruppe des Publizistischen Seminars der Universität Zürich hat kürzlich unter der Leitung von Georges Bretscher bei einer beschränkten Zahl von ehemaligen Abonnenten der «Zürcher AZ» eine Umfrage durchgeführt. Ergebnis: Mindestens zwei Drittel der «AZ»-Abonnenten vermissen die eingegangene Zeitung in hohem Masse und bezeichneten eine linke Tagespresse als dringendes Erfordernis. Dieses Ergebnis kann aus der Sicht unserer Monatsschrift nur bestätigt werden. Über 1300 ehemalige «AZ»-Abonnenten bestellten nun unser Blatt, obwohl letzteres keinen Ersatz für eine Tageszeitung darstellt. Das ehrt die zahlreichen Neuabonnenten, denen wir bei dieser Gelegenheit herzlichen Dank sagen möchten. Dieses Beispiel erhellt übrigens, dass die sozialdemokratische Tageszeitung auf einen wertvollen Grundstock von treuen Abonnenten zählen darf. Voraussetzung ist natürlich, dass ihnen mit einer Qualitätspresse gedient wird.
- 3. Die Situation der Parteipresse dürfte inskünftig auch insofern eine Verbesserung erfahren, als der Staat auf die Dauer nicht darum herumkommt, der Meinungspresse finanzielle Unterstützung zu gewähren. Die noch immer zögernden eidgenössischen Räte sollten gelegentlich doch zur Kenntnis nehmen, welche Gefahr unserer Demokratie droht, wenn durch die Pressekonzentration der Meinungspresse zusehends das Wasser abgegraben wird zugunsten einer Geschäftspresse, die auch redaktionell von oben kontrolliert wird. Zugunsten der vom Konzentrationstod bedrohten Meinungspresse muss der Staat eingreifen, wenn er wirklich an Demokratie interessiert ist. Er hilft in viel weniger demokratiewichtigen Bereichen mit viel grösseren Summen, als zugunsten der Meinungspresse aufgewendet werden müsste.

## Wozu noch Parteipresse?

Die Aufgabe der Parteipresse liegt zunächst in der Vermittlung einer umfassenden Information. Man kann mittels der Presse «informieren» und informieren. Einem «bürgerlich» gesinnten Redaktor werden andere Dinge mitteilungswerter erscheinen als einem sozialdemokratischen. Hier liegt auch der Grund, weshalb konservative Kreise um Professor Hofer und Co. so allergisch werden, wenn einmal gelegentlich ein auch nur rosaroter Redaktor am schweizerischen Fernsehen mitwirkt.

Es lässt sich nicht bestreiten, dass die sozialdemokratischen Leser ohne eine ihnen gesinnungsmässig nahestehende Zeitung einseitig informiert werden. Diese Gefahr wird durch den Konzentrationsprozess im Zeitungswesen noch verschärft, so dass mit der Zeit für die Sozialdemokratie ein eigentlicher Informationsnotstand entsteht. Es liegt im Interesse der Demokratie, diese Gefahr zu bannen. Dies ist nur durch die Existenz einer Parteipresse möglich.

Entgegen einer verbreiteten irrigen Auffassung kann indessen Information allein nicht genügen. Entscheidend muss dazu kommen, dass die Bedeutung der Ereignisse und ihrer Hintergründe dem Leser auch verständlich gemacht werden. Es darf nicht sein, dass die Information zum Götzen erhoben wird, der die Meinung in der Zeitung immer mehr verdrängt. In der sozialdemokratischen Presse muss es darum gehen, journalistische Reporterpflicht mit sozialdemokratischer Meinungsbildungspflicht zu vereinen. Die Parteizeitung hat somit einer umfassenden politischen Bewusstseinsbildung zu dienen. Wo diese Pflicht gröblich vernachlässigt wird, wo versucht wird, den – übrigens aussichtslosen – Wettbewerb mit einem Boulevardblatt à la «Blick» aufzunehmen, kann das Resultat einer solch denaturierten «AZ» nichts anderes sein als ein geistiger, moralischer und daher auch politischer Verlust.

### Nach dem Rezept von Victor Adler

Auch in unserem Blatt hat Theorie nur dann einen Sinn, wenn sie in die Praxis umzusetzen ist. Deshalb die praktische Frage: Wie gelangt man zu einer zürcherischen SP-Tageszeitung, und wie erhält man die zurzeit noch bestehende SP-Tagespresse? Sicherlich nicht mittels der «Dreischritt-dialektik der Nichtstuer» (Günther Nenning): «1. Die Situation ist unhaltbar. 2. Es muss was g'schehn. 3. Da ist nichts zu machen.»

Das Rezept von Victor Adler erscheint mir erfolgversprechender zu sein: «20 Mal . . .» (vgl. eingangs angeführtes Zitat).

Unlängst propagierte Manfred Scheuch, Chefredaktor der «Wiener Arbeiterzeitung», zwecks Erhaltung der Arbeiterpresse in Österreich folgendes Rezept: Es müsse für alle Bundesländer eine gemeinsame Tageszeitung erscheinen. Deren aussenpolitischer und bundespolitischer Teil würde in Wien hergestellt, während die regionalen Redaktionen in den einzelnen Bundeshauptstädten geführt werden müssten. Als nachahmenswertes Beispiel führte der Chefredaktor die «Schweizer sozialdemokratische Presse» an. Dort existiere eine solche «Zusammenarbeit zum Nutzen aller beteiligter Parteiblätter».

Chefredaktor Scheuch irrt auf sympathische Weise. Wohl liegt nichts näher als die Verwirklichung seines Rezeptes. Hierzulande gab es denn auch Ansätze zu seiner Verwirklichung; aber auf dem Wege zu diesem Ziel sind wir noch weit entfernt. Und doch könnte die Tageszeitung für

die zürcherische Sozialdemokratie nur auf diese Weise wiedererstehen: im Interesse aller übrigen SP-Tageszeitungen. Mit Hilfe der SPS müsste nun raschestens ein Pressekonzept in diesem Sinne ausgearbeitet werden.

Mir scheint, dass seitens der Partei mit Unterstützung der Gewerkschaften ein mehreres getan werden müsste, um unserer Presse auch materiell unter die Arme zu greifen. Wie viele Gelder werden insbesondere für Wahlkämpfe (man denke an die bevorstehenden Nationalratswahlen) und sonstige Werbekampagnen ausgegeben. In dieses Horn stiess kürzlich auch Heinz Kienzl, stellvertretender Generaldirektor der Österreichischen Nationalbank, in der «Zukunft» (Organ der SPÖ), wenn er schreibt:

«Hätten wir diese Gelder in die Arbeiterzeitung gesteckt, so hätten wir uns eine Zeitung vom Rang und von der Qualität der "Neuen Zürcher Zeitung' leisten können.»

Dabei wollen wir uns keine Illusionen über die finanziellen Möglichkeiten unserer Parteiorganisation machen. Das Entscheidende muss von seiten unserer Mitgliedschaft geleistet werden. Wenn sozialdemokratische Pressepolitik erfolgreich sein will und ein Pressekonzept mehr sein soll als ein Stück Papier, darf es unter Sozialdemokraten gegenüber der Partei und ihrer Zeitung keine geteilte Loyalität geben. Bei den Funktionären, Mitgliedern und Sympathisanten der Sozialdemokratischen Partei sollte sich nachgerade die Überzeugung durchsetzen, dass man im Kampf gegen die bürgerlichen Parteien nicht immer nur vom Solidaritätsprinzip reden und reden, schreiben und schreiben kann, um es bei sich zu Hause gröblich zu vernachlässigen. Das Einstehen für ein gemeinsames Ziel – das heisst in diesem Falle Unterstützung und Förderung der Parteipresse - verlangt rücksichtsloses Zurückstellen gruppenegoistischer und provinzieller Gesichtspunkte. Günther Nenning, Herausgeber der sozialistischen Zeitschrift «Neues Forum», hat in seinem Buch «Rot und realistisch» überzeugend dargelegt, dass Sozialismus nicht mit dauerhaftem Erfolg in die Köpfe von Lohn- und Gehaltsabhängigen gelangen könne, wenn nur theoretisch gesagt werde, Sozialdemokratie sei besser. Dauerhafte Bewusstseinsbildung müsse im praktischen Leben eingebettet sein. Mit Recht folgert Nenning daraus, dass das Erlebnis praktischen Kampfes und menschlichen Zusammenlebens ein entscheidendes Stück sozialdemokratische Praxis darstelle.

Nichts liegt näher, als diese überzeugende Argumentation auf den Boden sozialdemokratischer Pressepolitik zu übertragen. Hier müssten eigentlich auch – oder vielmehr gerade – jene springen, die vorgeben, die besseren (weil radikaleren) Sozialisten zu sein.